

Rede zur Debatte zum Haushalt 2021

Thomas Schäfer, Vorsitzender der FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung in Maintal

Werte Frau Vorsteherin,

werte Frau Bürgermeisterin,

werte Kollegen und Kolleginnen,

dieses Jahr ist ein außergewöhnliches Jahr. Ein Jahr, dass von allen Beschäftigten der Verwaltung ungewöhnliches abverlangt hat. Von heute auf morgen sind wir alle, aber besonders die städtischen Bediensteten, mit einer Krise konfrontiert worden. Eine Krise, die es so noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Lockdown, Schließung der städtischen Einrichtungen, der Kitas, die Entwicklung von Hygienekonzepten und neuen Verfahren, unzählig viele neue Kontrollaufgaben, die plötzliche Einführung von Home-Office und Videokonferenzen habe alle an die Grenzen gebracht. Dazu die ständige Sorge um die eigene Gesundheit und die des gesamten Umfeldes. All dies hat von allen Beschäftigten der Stadt ungeahntes abverlangt. Dafür, mit welcher Bravour und welchem Einsatz Sie das alles bewältigt haben, meinen aufrichtigen Dank. Ihnen allen viel Durchhaltevermögen für die weiter bevorstehenden Herausforderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Ausnahmezustand begleitet nicht nur die Verwaltung und den Magistrat. Er begleitet uns hier in der Stadtverordnetenversammlung seit Monaten. Die Haushaltsberatungen 2021 standen unter diesem besonderen Eindruck. Alle Gewissheiten der letzten Jahre sind uns zwischen den Händen weg gebröckelt. Keine Entwicklung weist eine Kontinuität auf. An allen Ecken und Enden sind wir in den Krisen- und Reparaturmodus übergegangen. Vieles, was wir uns wünschen ist in weite Ferne gerückt. Das Zahlenwerk des Haushaltes macht dies mehr als deutlich.

Eines ist jetzt schon klar: Wer immer im kommenden Jahr als Bürgermeister, als Bürgermeisterin, als Magistratsmitglied oder als Stadtverordneter, als Stadtverordnete in unserer Stadt Verantwortung übernehmen wird, besitzt nur einen sehr kleinen Gestaltungsspielraum. Mit jedem Tag, den die Krise länger dauert, mit jeder weiteren Maßnahme, die erforderlich wird, wird dieser Spielraum kleiner werden. Ich fürchte, uns steht noch eine lange Durststrecke bevor.

Diese Gewissheit müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir heute über den Haushaltsentwurf debattieren. Darüber müssen wir sprechen, wenn es darum geht, Prioritäten festzulegen. Das schmerzt, aber es ist unausweichlich. Der Haushaltsentwurf der Bürgermeisterin, des Magistrates als Ganzes, wird diesem Anspruch nur sehr bedingt gerecht. Statt sich mit wohldosiertem Tempo in die scharfe Wendekurve zu legen, vermittelt dieser Haushaltsentwurf eher den Eindruck, dass die Bürgermeisterin das Gaspedal weiter durchdrückt. Anscheinend möchte sie mit vollem Tempo gegen die Betonwand fahren.

Dieser Haushaltsentwurf legt schonungslos offen, welche Versäumnisse wir uns in den vergangenen Jahren geleistet haben. Die finanzielle Sorglosigkeit der letzten Jahre kann nicht mehr kaschiert werden. Das „Ich will alles und sofort“ rächt sich, weil keine Krisenvorsorge getroffen wurde. Die angehäuften Reserven schmelzen wie das Eis in der Sonne.

Frau Bürgermeisterin,

in Ihrer Haushaltsrede betonen Sie, dass Maintal im Vergleich gut dasteht und viele Reserven hat. Für Sie ist das Glas halb voll. Dabei ist es in Wahrheit schon halb leer und leert sich rasant weiter. Dass wir einen positiven Jahresabschluss in 2020 erreichen werden, hat mit vielem zu tun, am wenigsten aber mit der Steuerungsleistung des Magistrates. Dass die Bundesregierung und die Landesregierung den Steuerausfall bei der Gewerbesteuer überkompensieren, ist nicht die Leistung des Magistrates. Es ist ein Kollateralerfolg. Dass die Personalkosten geringer ausfallen als veranschlagt, weil es nicht genug Erziehende gibt, ist eine bedauerliche Fügung. Sie geht zu Lasten unserer Kinder, die nicht ausreichend Betreuungsangebote erhalten. Dass die Liquidität um 10 Mio. besser ausfällt, zeugt vor allem vom Verantwortungsbewusstsein dieser Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten haben einer Kreditaufnahme für Investitionen aus den letzten Jahren zugestimmt, die es ohne Pandemie nicht gegeben hätte.

Was ist der Ausblick dieses Haushaltsentwurfs?

In keinem Jahr der Finanzplanung ist ein Haushaltsausgleich absehbar, vielmehr werden jährliche Verluste von rund 3 bis 8 Mio. € bis 2024 erwartet. Die Bürgermeisterin hofft sehr optimistisch auf einen Haushaltsausgleich in 2025.

Der Gesamtaufwand soll 2021 um beinahe 35% über dem Niveau von 2015 liegen. Statt maßvoll bei den Instandhaltungen vorzugehen, wird ein kräftiger Schluck aus der Pulle genommen.

Der Stellplan der Stadt wurde seit 2015 stetig ausgeweitet. Er liegt 2021 nach Ihrem Haushaltsentwurf um fast 20% über dem Niveau von 2015. Knapp 50 Stellen mehr in der allgemeinen Verwaltung sind zu viel. Die Personalkosten sollen mehr als 50% über das Niveau von 2015 steigen. Im Erziehungsbereich sind nicht alle bereits absehbaren Belastungen abgebildet, wie beispielsweise die aus dem Gute-Kita-Gesetz.

Was sagt uns das? Die Personalkosten werden zum immer größeren Kostenblock im städtischen Haushalt.

Die Investitionen wurden in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Der Investitionsplan listet immer neue Projekte auf. Viele Projekte sind noch gar nicht im Haushalt abgebildet. Alleine in 2021 soll das Investitionsvolumen dreimal so hoch sein, wie in 2015.

Was ist die Konsequenz? Die städtischen Schulden sind von 55 Mio. € in 2015 auf 70 Mio. € in 2020 angewachsen. Sie sollen sich nach dem Willen der Bürgermeisterin bis 2026 auf über 150 Mio. € mehr als verdoppeln. Maintal ist auf den direkten Weg in den Schuldensumpf.

Dass die Einnahmen wegbrechen, ist angesichts der Krise keine Überraschung. Schon vor der Krise gab es Fraktionen in diesem Haus, die damit sympathisierten, die Grundsteuer zu erhöhen. Diese Phantasien sind nicht verschwunden. Was ist aber die Realität? Wollte man den Ausfall der Steuereinnahmen bei der Stadt ausgleichen, müssten wir die Grundsteuer in Maintal verdoppeln. Viele Bürger wissen nicht, ob sie morgen noch einen Arbeitsplatz haben. Da sind Steuererhöhungen der vollkommen falsche Weg. Einer lokalen Wirtschaft, die ums Überleben kämpft, weitere Liquidität durch Steuererhöhungen zu entziehen, ist genauso ein Irrweg. Wir müssen unsere kleinen Unternehmen, unsere Gastronomen stützen und nicht weiter in die Krise treiben.

Frau Vorsteherin,

werte Kollegen und Kolleginnen,

Viele in diesem Haus nutzen die aktuelle Krise, um all die Themen im Haushalt abzubilden, die sie schon immer umsetzen wollten. Geld spielt in ihrer Denkwelt keinerlei Rolle. Das ist ein grundfalsches Handeln. Weder Corona noch der Klimawandel rechtfertigen es, dass wir jetzt jede Maßnahme umsetzen. Es bleibt bei unserer Verantwortung, abzuwägen und Schwerpunkte zu setzen. Wir sind nicht von der Verpflichtung entbunden, wirtschaftliche Lösungen zu beschließen.

Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen von CDU und SPD, haben sich darauf geeinigt, mit Ihren Ergänzungen heute den Haushalt zu beschließen. Sie machen das in guter Tradition der Großen Koalition in Berlin. Sie decken Ihre Differenzen mit dem Geld der Steuerzahler zu. Mehr Aufwand und mehr Investitionen gegenüber dem Entwurf des Magistrats sind das Ergebnis. Sie verschärfen damit die Haushaltskrise der Stadt. Sie können nicht erwarten, dass wir für so eine Politik unsere Hand heben. Das gilt im Übrigen auch für die vielen Wünsche nach Mehrausgaben, die die Grünen eingebracht haben.

Wir gehen einen anderen Weg. Für uns ist es sinnvoll Investitionen auf der Zeitachse zu strecken und für eine kontinuierliche Investitionslinie zu sorgen. Darauf zielen viele unserer Änderungsanträge ab.

Ein prominentes Beispiel für diese Streckung ist das Schwimmbad. Hier gilt es, die Planung sauber zu Ende zu führen. Danach sollten wir die verbindliche Auskunft des Finanzamtes zum steuerlichen Querverbund einholen. Erst dann sollten wir den Bau beauftragen. In der Konsequenz nehmen wir uns ein Jahr mehr Zeit und verzichten jetzt auf die Verpflichtungsermächtigung.

Wir sollten unsinnige und unwirtschaftliche Projekte wie den Neubau des Bürgerhauses Bischofsheim einstellen. Die Mittel der Hessenkasse sollten wir in die Projekte stecken, die wirklich einen Mehrwert bringen. Es besteht kein Zwang, diese für einen Neubau des Bürgerhauses zu verwenden. Außerdem sollten wir keinen Neubau am Rathaus in Hochstadt planen.

Der Stellenplan in der Verwaltung darf nicht stetig ausgeweitet werden. Digitalisierung sollte eigentlich dazu führen, dass das vorhandene Personal mehr und besser arbeiten kann. In Maintal scheint Digitalisierung das Synonym für Stellenmehrung zu sein. Eine auffällige Interpretation der Vorteile von Digitalisierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Änderungsanträge retten den Haushalt nicht. Sie sollen dazu beitragen, das Desaster zu verringern. Das bedeutet für uns eigene Ziele kritisch zu hinterfragen und uns zurücknehmen.

Deshalb stellen wir unsere Initiative zu den Kita-Gebühren um mindestens ein Jahr zurück. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass unser Vorschlag der richtige ist. Wir müssen aber anerkennen, dass diese Belastung des Haushaltes aktuell nicht darstellbar ist. Das tut uns weh, weil uns die Eltern wichtig sind. Aber wir sind Realisten, die einschätzen können, was geht und was nicht.

Frau Vorsteherin,

Wir beraten einen Haushalt in schwierigen Zeiten. Einen Haushalt, der die ganze Wucht der Krise ausdrückt. Einen Haushalt, der nicht nur durch äußere Einflüsse in Schieflage geraten ist, sondern auch durch eigenes Zutun der letzten Jahre. Es rächt sich, dass die mahnenden Worte der FDP-Fraktion in den letzten Jahren kaum Resonanz gefunden haben. Es freut uns nicht, dass wir auf diese Art und Weise bestätigt worden sind.

Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Haushalt 2020 nicht nur geschönt, sondern hochgradig einsturzgefährdet sei. Unbändiger Optimismus bei den Steuereinnahmen, eine Explosion der Verschuldung, noch mehr Verwaltungspersonal und eine Finanzplanung, die so auf Kante genäht ist, dass sie bei der leichtesten Eintrübung abschmieren würde. So lautete meine Bewertung. In nicht einmal einem Jahr hat sich diese Prognose in dramatischer Form bewahrheitet.

Wir müssen jetzt dafür Sorge tragen, dass diese Abwärtsspirale sich nicht weiter verschärft. Wir müssen dafür sorgen, dass die Stadt Maintal, seine Bürger, seine Wirtschaft die Chance behalten, in absehbarer Zeit wieder aus diesem Loch heraus zu kommen. Wir müssen unser Gemeinwesen attraktiv, lebenswert und voller Optimismus gestalten. Dazu müssen wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, Illusionen und Träume beiseiteschieben und mutige Entscheidungen treffen.

Das ist es, was jetzt in Maintal wirklich zählt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!